



16.4086

Motion Dittli Josef.**Pflegesparkonto.****Senkung der Krankenkassenprämien
und Entlastung des Pflegepersonals****Motion Dittli Josef.****Compte d'épargne pour les soins.****Baisse des primes d'assurance-maladie
et allègement des charges pesant
sur le personnel soignant**

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.03.17

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Dittli Josef (RL, UR): Warum habe ich diese Motion überhaupt eingereicht? Im Juni 2016 veröffentlichte Avenir Suisse den Bericht "Neue Massstäbe für die Alterspflege" und skizzierte darin das Modell eines obligatorischen, individuell angesparten, steuerbefreiten Pflegesparkontos. Dieses hat mich fasziniert. Praktisch gleichzeitig, einige wenige Wochen vorher, veröffentlichte der Bundesrat seinen Bericht zur Finanzierung der Langzeitpflege, konkret den Bericht "Bestandesaufnahme und Perspektiven im Bereich der Langzeitpflege", dies in Erfüllung mehrerer Vorstösse. Auch den Bericht des Bundesrates studierte ich mit Interesse. Ich fand ihn sehr aufschlussreich. Es ist eine gute Grundlage für die Diskussion um die Zukunft der Langzeitpflege.

Der Bericht des Bundesrates enthält auch ein ganzes Kapitel zur Finanzierung der Langzeitpflege mit verschiedenen Varianten. Aber eine Variante in Richtung Pflegesparkonto, wie von Avenir Suisse aufgezeigt, war darin nicht enthalten. Anlässlich der Sitzung der SGK-SR vom 14. November letzten Jahres diskutierten wir die Strategie der Langzeitpflege, ganz konkret den Bericht des Bundesrates. Ich hatte mich bereits anlässlich dieser Diskussion dahingehend geäussert, dass ein Modell à la Avenir Suisse meines Erachtens auch angeschaut werden müsste. Daraufhin entschied ich mich in der Wintersession, mit der nun vorliegenden Motion das anspruchsvolle Thema politisch ins Gespräch zu bringen. Mit dem eingebrachten Modell könnte die Finanzierung der Pflegeleistungen im Alter neu über ein individuelles Pflegesparkonto abgewickelt werden. Dieses obligatorisch angesparte Guthaben wäre steuerbefreit und vererbbar. Die Finanzierung dieser Pflegevorsorge würde nicht über lohnabhängige Abzüge erfolgen, sondern über fixe Prämien. Analog zur Prämienverbilligung im KVG würde der Staat subsidiär und bedarfsgerecht Unterstützung bieten. Damit könnten Krankenkassenprämien und Steuern eingespart und könnte das Pflegepersonal durch weniger Bürokratie entlastet und für andere Aufgaben eingesetzt werden.

Das Echo auf meine Motion war beeindruckend, auch in den Medien, aber vor allem in der breiten Öffentlichkeit. Ich erhielt viele positive, aber auch viele kritische Rückmeldungen. Von praktisch allen aber wurde diese Idee als prüfenswert beurteilt. So erhielten wir auch in Sessionszuschriften von Verbänden und Organisationen mehrfach die Empfehlung, diese Motion anzunehmen oder zumindest das vorgeschlagene Konzept zu prüfen. Anlässlich der Sitzung der SGK-SR vom Januar 2017 war das Thema "Finanzierung Langzeitpflege" dann erneut traktandiert, wobei wir vorgängig die Unterlagen von Avenir Suisse, "Neue Massstäbe für die Alterspflege", zugestellt erhalten hatten, die genau das Modell eines Pflegesparkontos enthalten. Weil andere Geschäfte dringlicher waren, musste das Traktandum aber verschoben werden; so ist es auch im Protokoll der Sitzung festgehalten. Das Thema wird also an

AB 2017 S 225 / BO 2017 E 225

einer der nächsten Sitzungen wieder aufgenommen. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, über das Modell von Avenir Suisse, das ja die Grundlage meiner Motion war, in der zuständigen Kommission eine Diskussion zu





führen. Die Idee eines Pflegesparkontos kann also auch ohne die Annahme dieser Motion diskutiert werden. Zur Stellungnahme des Bundesrates: danke, Herr Bundesrat, für die umfassende Stellungnahme! Der Bundesrat teilt darin die Ansicht, dass die Finanzierung von Pflegeleistungen eine grosse Herausforderung in der Zukunft darstellen wird. Er bestätigt, dass sich die Problematik aus demografischen Gründen im Zeitraum um 2030 akzentuieren werde, weshalb die politische Diskussion über mögliche Ansätze rechtzeitig beginnen müsse. Er verweist auch auf jenen Bericht zur Langzeitpflege, den er im Mai 2016 in Erfüllung mehrerer parlamentarischer Vorstösse veröffentlicht hat. Der Bundesrat führt in seiner Stellungnahme weiter aus, dass es aber verfehlt wäre, sich ohne eingehende Abklärungen und ohne den nötigen politischen Diskurs bereits jetzt auf eine bestimmte Option festzulegen. Herr Bundesrat, da haben Sie natürlich Recht. Ich teile diese Haltung. Ich bin der Auffassung, dass die Diskussion um die Finanzierung der Langzeitpflege weitergeführt werden soll. Das in meiner Motion angedachte Modell soll ein Beitrag dazu sein, auch weitere Lösungsmöglichkeiten zu prüfen, nicht nur jene, die im Bericht zur Langzeitpflege erwähnt sind. Wir müssen im jetzigen Zeitpunkt offen sein für alle innovativen Modelle; alle haben ihre Vor- und Nachteile, auch meine Idee eines obligatorischen Pflegesparkontos. Ich kann deshalb nachvollziehen, dass der Bundesrat am Schluss seiner Stellungnahme schreibt, dass es verfrüht wäre, sich ohne eine breite politische Diskussion auf ein Modell festzulegen und einen gesetzgeberischen Auftrag entgegenzunehmen; damit beantragt er, die Motion abzulehnen. Ein Gesetzgebungsauftrag für ein Pflegesparkonto ist zurzeit verfrüht, unabhängig davon, für welche Lösung man sich auch immer entscheidet. Deshalb werde ich anschliessend an die Diskussion meine Motion zurückziehen. Wie eingangs erwähnt, wollte ich mit dem Konzept eines Pflegesparkontos eine neue, innovative Variante politisch zum Thema machen – deshalb die Form einer Motion. Ein Zweck ist erreicht: Die politische Diskussion zur Thematik der Langzeitpflege wird weitergeführt, vorerst in der SGK.

Herr Bundesrat, ich habe noch zwei Fragen an Sie, Ihre Stellungnahme betreffend:

1. Finden Sie auch, dass nebst den im Bericht zur Langzeitpflege aufgezeigten Varianten weitere, innovative Lösungsvarianten geprüft werden sollten, wie zum Beispiel das Modell Pflegesparkonto?
2. Habe ich den Bundesrat richtig verstanden: Würde er es begrüssen, wenn der bereits erwähnte Bericht "Bestandesaufnahme und Perspektiven im Bereich der Langzeitpflege" im Parlament, im Plenum beider Räte, diskutiert würde?

Dies meine beiden Fragen. Ich bin nun gespannt auf die Diskussion und auf die Erläuterungen von Herrn Bundesrat Berset. Anschliessend ziehe ich die Motion zurück.

Hösli Werner (V, GL): Ich glaube, wir sind uns in diesem Saal einig. Niemand hat grundsätzlich etwas gegen die Senkung von Krankenkassenprämien, und ich wäre der Letzte, der nicht eine Entlastung des Pflegepersonals im Bürokratiebereich wünscht und sich nicht dafür einsetzt. Von daher würdige ich die Absicht von Kollege Dittli, in diese Sache Bewegung zu bringen.

Ich weiss aber nicht, ob man etwas vergessen hat: Wir haben schon vor längerer Zeit bei den Sozialversicherungen die zweite Säule gesetzgeberisch sichergestellt, um im Alter angemessen weiterleben zu können, dies als Ergänzung zur AHV. Sie ist also eigentlich ein persönliches Rentensparkonto fürs Alter, um bei vollen Beitragsjahren und Beitragszahlungen auch für die Zeit nach der Pensionierung monatlich ein gutes Einkommen sicherzustellen. Die Wirkung dieser zweiten Säule, welche bei monatlichen Renten auch im Rahmen der Beanspruchung von pflegerischen Leistungen einiges an Kosten abdecken wird respektive eben würde, hat man leider laufend ausgehöhlt, sei es durch ermöglichte Vorbezüge während des Berufs- und Erwerbslebens oder durch die Möglichkeit der Gesamtauszahlung bei der Pensionierung oder Frühpensionierung. Damit hat man dem Missbrauch dieser eigentlichen Altersabsicherung Tür und Tor geöffnet.

Ich will hier niemanden verurteilen. Es hat jeder das Recht, die Möglichkeiten innerhalb der gesetzlichen Regelungen zu nutzen. Aber heute überlegen sich bald alle, wie sie ihr Vermögen möglichst unbeschadet den Nachkommen oder allenfalls sonstigen Erben übertragen können. Sie tun dies ganz bewusst unter dem Einbezug der Eventualität, dass man die letzte Zeit des irdischen Daseins allenfalls in einer Pflegeeinrichtung verbringen muss und es ja dann fatal wäre, wenn dieses schöne Geld dort verbraucht würde. Also wählt man lieber den Einmalbezug, dann hat man die volle Selbstbestimmung über die Verwendung des gesamten Geldes, sei es zur Finanzierung der Frühpensionierung oder eines kostenintensiven Lebensstils oder für Schenkungen da und Schenkungen dort. Wenn dann Jahre später der Eintritt in eine Pflegeeinrichtung erfolgt, muss dies vollständig über Ergänzungsleistungen ausfinanziert werden, weil aus der zweiten Säule keine Gelder und auch keine Rente mehr da sind. Hier wären Verbesserungen erwünscht. Der Bundesrat wird seine Meinung sicher noch detailliert erläutern. Ich kann sie fast ausnahmslos unterstützen. Zwei Sachen will ich jedoch noch ganz grundsätzlich kundtun:

1. Der Motionär schreibt in seiner Begründung für sein Anliegen: "So werden bei den Leistungserbringern An-



reize geschaffen, ihre Leistungen zu verbessern und möglichst günstige Angebote" zu machen. Ich unterstelle Kollege Dittli keine schlechte Absicht, weil ich weiss, dass er die Arbeit der Pflegeberufe sehr schätzt. Aber es gilt doch festzuhalten, dass die öffentlichen Pflegeeinrichtungen, ob ambulant oder stationär, hervorragende Leistungen zu einem absolut günstigen Preis erbringen. In keinem anderen Bereich sind die Emotionalität, die Menschlichkeit und die fürsorgliche Zuneigung tagtäglich dermassen gefragt wie in der Langzeitpflege. Die Arbeit ist trotz Hilfsmitteln körperlich streng, und man trifft gerade im Bereich der Körperausscheidungen viele herausfordernde Situationen an, und das nicht für 100 000 Franken oder mehr im Jahr, wie einige Tätigkeiten mit fragwürdiger Nützlichkeit in allen übrigen Bereichen der kommunalen, kantonalen oder eidgenössischen Verwaltung. Wenn Sie den Wunsch haben, falls es das Schicksal so vorsieht, irgendwann einmal in einer Pflegeeinrichtung einsam, sozial vergessen und wie eine Ware behandelt zu sterben, dann können Sie die heutige Pflege günstiger machen. Falls Sie umsorgt, respektiert, fürsorglich-menschlich und sozial integriert gepflegt und behandelt sein wollen, dann sollten Sie mit unsinnigen Kosteneinsparungen in der Langzeitpflege vorsichtig sein.

2. In diesem Zusammenhang gebe ich auch dem Herrn Bundesrat noch etwas mit auf den Weg. Suchen Sie ernsthaft nach tauglichen Lösungen, um das Pflegepersonal von unnötiger und belastender Abrechnungs- und Dokumentierungsbürokratie zu entlasten! Das hat entschieden mehr Wirkung als theoretische Massnahmen im Rahmen der Fachkräfte-Initiative. Nur wer eine hohe soziale Kompetenz, viel menschliche Zuneigung und fast ein gewisses Helfersyndrom hat, hält es in der Pflege über längere Zeit aus. Diese Personen wollen nicht zu Büromenschen umfunktioniert werden, um dadurch die pflegerische Arbeit und den Menschen als soziales Wesen vernachlässigen zu müssen. Sonst können sie sich gleich als Verkäufer oder Verkäuferin melden. Das müsste auch einmal in die Köpfe gewisser Bundesbürokraten rein. Vorhandene Ideen zu einer weiteren verbürokratisierenden Regulierung gehören in den Kübel oder, wie man bei uns sagt, auf den Müll. Ich hoffe, Sie haben meine Mitteilung verstanden.

Berset Alain, conseiller fédéral: Tout d'abord, je remercie Monsieur Dittli de nous permettre de porter ensemble le regard sur l'un des immenses enjeux des dix à quinze prochaines années, à savoir la question du financement des soins. Tout le monde reconnaît et sait que c'est un immense enjeu. Je rappellerai ici que cela concerne prioritairement les cantons, qui sont compétents dans ce domaine. Je vous dirai

AB 2017 S 226 / BO 2017 E 226

aussi que dans ce domaine je cherche depuis plusieurs années le contact avec les cantons, en leur disant: "C'est vous qui êtes à la manoeuvre; c'est vous qui devez supporter et, en définitive, organiser la prise en compte de ces coûts; mais la Confédération a naturellement intérêt à réfléchir avec vous et à vous apporter des solutions pour qu'on puisse ensemble relever ce défi, parce qu'il est énorme."

Nous avons, je vous le rappelle, publié il y a peu un rapport sur l'évolution des coûts. On constate que la vague de coûts qui arrive sur les cantons et les communes est énorme. Toutes choses égales, par ailleurs, cela signifie des charges, avec peut-être des augmentations d'impôts, qui sont parfois relativement massives. L'enjeu est donc immense et je vous remercie de vous pencher sur cette question. C'est l'occasion pour moi de vous dire que le Conseil fédéral est très conscient de cet enjeu et qu'il souhaite utiliser le temps à disposition avec les cantons pour approfondir et pour chercher des solutions. C'est le premier point.

Cela dit, je vous suis aussi très reconnaissant, Monsieur Dittli, d'avoir indiqué à la fin de votre intervention que vous partagiez l'avis du Conseil fédéral, selon lequel il faut d'abord mener la réflexion jusqu'au bout avant de donner des mandats pour régler les choses sur le plan légal. C'est exactement dans ce sens-là que nous souhaitons travailler. Il serait pour nous difficile de devoir poursuivre l'analyse avec les cantons, puis de devoir préparer en parallèle une modification de loi qui ne concernerait qu'un point relativement précis.

Selon l'analyse que nous avons faite, nous ne pensons pas qu'avec l'idée que vous avez déposée là on puisse régler tous les problèmes, mais vous le savez vous-même, car, pour passablement de personnes dans notre pays, il ne reste déjà pas, aujourd'hui, de quoi se constituer un troisième pilier par exemple. Après les prélèvements pour les impôts, pour l'assurance-maladie, puis les prélèvements sur les salaires, pour le premier et le deuxième pilier, il ne reste souvent pas de quoi se constituer un troisième pilier. Donc imaginez qui peut encore, avec ce qui reste, faire une épargne dans ce domaine-là. Très peu de monde, probablement, donc on ne peut certainement pas prétendre régler avec cela la question du financement des soins. Je vous remercie pour cette appréciation.

J'aimerais vous dire que nous en sommes très conscients, de même que du fait que cela a des conséquences dans d'autres domaines.

J'aimerais vous rappeler – je le cite juste en passant, mais je crois que c'est important – le projet de réforme



des prestations complémentaires, transmis au Parlement, dans lequel nous souhaitons limiter un peu les possibilités de retrait du capital du deuxième pilier, pour que ce capital puisse encore être disponible à la retraite et couvrir le minimum vital, et éventuellement contribuer au financement des soins pour les personnes concernées. Nous avons également souhaité et proposé au Parlement, dans le cadre de cette réforme, une meilleure prise en compte de la fortune propre des assurés par rapport à la situation actuelle.

J'aimerais encore prendre position sur les points que vous avez, Monsieur Dittli et Monsieur Hösli, l'un et l'autre mentionnés dans vos interventions.

Tout d'abord, je vous confirme, Monsieur Dittli, que nous souhaitons approfondir la réflexion, notamment avec les cantons, pour déterminer ensuite ce qui peut être et ce qui devrait être réalisé sur le plan de la Confédération, dans le but d'améliorer la situation pour les soins de longue durée notamment. Nous sommes prêts à poursuivre ce travail, dans le sens de ce que vous avez dit à la fin de votre intervention.

La deuxième question que vous avez posée est celle de savoir si nous serions prêts à ce que le Parlement débattenne du rapport. La décision ne nous appartient pas, mais si le Parlement souhaite débattre de ce rapport, nous sommes naturellement disposés à mener la discussion avec vous. Ce rapport, je crois, a été transmis à la commission compétente; en général c'est dans ce cadre que ces échanges ont lieu, mais je vous laisse le soin de décider où il est le plus approprié de mener cette discussion. Nous sommes évidemment intéressés par tout approfondissement de la réflexion à ce sujet avec vous.

Par rapport à l'intervention de Monsieur Hösli, j'aimerais vous dire deux choses. Il faut mentionner tout d'abord l'importance que nous accordons aux professions dans le domaine des soins. Vous l'avez rappelé, ce sont des professions extrêmement importantes, non seulement parce que des soins sont prodigués, mais aussi parce qu'elles contribuent de manière très importante à l'équilibre de la société, à la cohésion sociale, parce qu'elles offrent une approche pleine d'humanité et de valeurs aux personnes qui ont besoin de soins; c'est vraiment quelque chose que nous devons à ces professions. Le Conseil fédéral en est conscient, et le Parlement aussi d'ailleurs, ce qui se traduit dans un article de la Constitution, adopté par le peuple à plus de 87 pour cent des voix il y a quelques années, qui consacre l'importance des soins de base. En consacrant l'importance des soins de base – suite à l'initiative déposée par les médecins de famille – nous souhaitons élargir la question à l'ensemble du personnel qui travaille dans le domaine des soins et ne pas en rester à la question des médecins de famille. Cet élargissement nous a permis de poser une base visant à valoriser les professions dans le domaine des soins et de développer leur soutien.

Je souhaiterais approfondir le dernier point que vous avez mentionné, concernant la paperasse, la bureaucratie, les papiers à remplir. Si vous souhaitez aborder cette question, je le fais très volontiers. Ce n'est pas le Conseil fédéral qui fixe des exigences en termes de papiers à remplir, ce sont essentiellement les assureurs, notre système d'assurance. Vous pouvez bien imaginer que, lorsqu'une institution a affaire à plusieurs assureurs différents, la charge est relativement importante en termes de coordination et de papiers à remplir. Nous sommes prêts à aborder cette question avec vous.

Naturellement, il faut que les assureurs aient de quoi effectuer leur travail. Nous attendons d'eux que les prestations financées par la collectivité le soient à bon escient. C'est le travail des assureurs. Mais, d'un autre côté, je suis aussi bien conscient du fait que les personnes qui travaillent dans le domaine des soins doivent, avant tout, avoir du temps pour les patientes et les patients, pour les personnes qui ont besoin d'accompagnement. Je suis donc prêt à aborder cette question avec vous, mais vous savez très bien que cela ne peut se régler par une motion – dont le texte pourrait être: "Le Conseil fédéral est prié de réduire par deux les exigences qui sont faites au personnel de soin en matière administrative" – parce que ce n'est pas le Conseil fédéral qui fixe ces exigences.

Cela fait partie d'une réflexion globale. J'entends de plus en plus souvent énoncer de telles exigences. Il semble qu'elles aient fortement augmenté ces dernières années. En tout cas, je les entends et cela suffit pour que l'on approfondisse un peu cette question, pour voir quelles mesures peuvent être prises pour garantir un bon équilibre. Car, il faut, comme je l'ai dit, des informations suffisantes pour que les assureurs puissent travailler, mais aussi pour que le personnel, notamment dans le domaine des soins, puisse se consacrer en premier lieu aux soins et n'ait pas à remplir des documents.

Voilà, je crois que le message est bien passé. Je le prends dans mes bagages pour la suite des travaux et je vous remercie de vos interventions dans ce sens. Je remercie également Monsieur Dittli pour le retrait de sa motion. Si tel n'avait pas été le cas, j'aurais dû vous inviter à la rejeter, car elle arrive tout simplement trop tôt.

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Die Motion ist zurückgezogen worden.

Zurückgezogen – Retiré



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2017 • Neunte Sitzung • 14.03.17 • 08h15 • 16.4086
Conseil des Etats • Session de printemps 2017 • Neuvième séance • 14.03.17 • 08h15 • 16.4086



AB 2017 S 227 / BO 2017 E 227